

# Repressalien gegen türkische Studenten

Seite 2

Am 2. Mai 1969 wurde der 1. Vorsitzende der Türkischen Studentenföderation in Deutschland (ATOF), Hakkı Keskin, vom türkischen Kultusministerium die Genehmigung zum Studium im Ausland entzogen. Außer Keskin traf diese Disziplinierungsmaßnahme 15 weitere türkische Studenten in der BRD.

Rechtliche Grundlage dieser Maßnahme, der durch Nichtwertanerkennung des (bei türkischen Studenten jeweils nur für 1 Jahr gültigen) Passes und Devisensperre Nachdruck verliert, ist eine „Verordnung für die türkischen Studenten im Ausland“ — die das Menderes-Regime im Jahre 1958 erlassen hatte, und die die türkischen Auslandsstudenten einer teilweise grotesk anmutenden Bevormundung durch den für das jeweilige Land zuständige „Studentenaufsicht“ (wörtliche Übersetzung des türkischen Titels Örgenel müfettişi) aussetzt. Der „Studentenaufsicht“, in der BRD der Kulturständige der Türkischen Botschaft in Bad Godesberg, darf die türkischen Studenten wie unmündige Kinder behandeln. Er entscheidet nicht nur über den evtl. Wechsel des Studienfaches oder der Hochschule, die die Studenten haben ihm auch über Ferienreisen Mitteilung zu machen und bei Reisen außerhalb der BRD Abreise- und Rückkehrtermin mitzuteilen.

Die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung aber enthält der Artikel 21, der eine Reihe von gandalatigkeit für den Standpunkt

der türkischen Regierung in der Zypreintrage

Dies änderte sich jedoch, als im Zuge der wachsenden Politisierung der Türkischen Studentenschaft im Heimatland, die sich in immer häufigeren militäntischen Aktionen gegen den US-Imperialismus manifestierte, auch ATOF sich von einer folkloristischen Vereinigung zu einem politischen Studentenverband entwickelte. Die türkische Botschaft beobachtete diese Entwicklung mit zunehmendem Mißvergnügen; der Kulturattaché beschränkte sich jedoch zunächst darauf, in väterlich-ermahnenden Briefen seine Schutzbefehlenden unter Hinweis auf die jünger Verordnung zur Ordnung zu rufen. Als ATOF jedoch nicht nur die politische Agitation unter den Studenten nicht einstellte, sondern außerdem auch Aufklärungsarbeit unter den türkischen Gastarbeitern zu treiben begann, ließ der „Studentenaufsicht“ die väterliche Maske fallen und zunächst 15 militäntischen ATOF-Mitgliedern im Einvernehmen mit Kultusminister Ertem die Studiergenehmigung entziehen. Die Bekanntgabe dieser Disziplinierungsmaßnahme in der türkischen Regierungspresse („Cumhuriyet“ vom 12. 3. 1969) geschah noch, bevor die Betroffenen davon kanntgabe war in der türkischen Regierungspresse auch in aller Offenheit von der Tätigkeit der türkischen Geheimpolizei in der BRD zu lesen in der Regierungszeitung „Zafer“ hieß es am 5. 3.: „Unser

Staat hat im Ausland eine geheime Polizei, die die Aktionen unserer Staatsangehörigen, die sich gegen das bestehende Regime unseres Landes stellen und die Verbundenheit zur Heimat außer acht lassen, verfolgt und registriert.“ Es kann nicht überraschen, daß sich jetzt auch die Türkei offen in die Reihe all derjenigen Länder vom Schläge Griechenland, Perisens, Indonesiens und Süd-Korea stellt, die auf ein kritisches Engagement der jungen Intelligenz sofort mit den schärfsten Repressivmaßnahmen reagiert. Es zeigt nur einmal mehr, wie schnell in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der westlichen Welt der hauchdünne Firnis der Ideologie der „freiheitlichen Ordnung“ zerrfällt, sobald vitale Interessen der imperialistischen Mächte und der mit ihnen kollaborierenden Feudalherren und Kompradourgeois bedroht erscheinen. Die Angst vor der emanzipatorischen Kraft der kritischen jungen Intelligenz in den Ländern der Dritten Welt zeigt aber gleichzeitig die Schwäche des Systems. Zu Recht hat die herrschende Klasse in der Türkei den Versuch der Politisierung der türkischen Arbeiter in der BRD durch die Studenten als Bedrohung empfunden. Die türkischen Arbeiter in der BRD entstammen zum überwiegenden Teil dem in periklanen-ter politischer Unmündigkeit gehaltenen Landproletariat, das heute noch unter der Leibeigenschaft vergleichbaren Feudalverhältnissen und in unvorstellbarem Elend lebt. Unter diesen Bedingungen kann bereits die Vermittlung eines rudimentären politischen Bewußtseins an die türkischen Arbeiter gefährlichen Sprengstoff für ein Herrschaftssystem bedeuten, das sich bisher auf Unwissenheit und Alphabetismus der Landbevölkerung stützen konnte und das unerbört krasse ökonomische und sozio-kulturelle Gefälle durch eine massive „nationale“ Propaganda kompensierte. Daß die türkische Geheimpolizei ungehindert auf dem Boden der BRD ihren Geschäften nachgehen kann, ist kein Präzedenzfall — die Beispiele für die Tätigkeit der Sicherheitsorgane anderer Länder in der BRD sind bekannt. — und daß die türkische Regierungspresse dies offen zugibt, beweist nur, daß man mit Protesten seitens der BRD nicht rechnet. Worauf man dagegen sicherlich zählt, ist die Amtshilfe der deutschen Behörden bei der Rückführung bzw. Ausweisung der 16 Studenten. Dies mit allen Mitteln zu verhindern ist unsere selbstverständliche Pflicht.

Studenten Zeitung für Köln und Bonn